

II-3024 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Wien, 1977 12 09

Z. 11 0502/87-Pr.2/77

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
W i e n

1017

1397/AB

1977 -12- 12

zu 1396/J

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen vom 11. Oktober 1977, Nr. 1396/J, betreffend Auswirkung der Progression bei Arbeitnehmern, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1):

Auf Grund der konsequenten Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung gelang es während der letzten Jahre in Österreich trotz weltweiter Konjunkturabschwächung und steigender Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern - in der OECD waren im 3. Quartal 1977 rund 16,5 Millionen Menschen ohne Arbeit - die Zahl der Beschäftigten zu vergrößern. Gegenüber 1970 sind derzeit mit 2,784.000 Beschäftigten um rund 350.000 mehr Menschen in Arbeit. Außerdem sind die Einkommen beträchtlich gestiegen. Ebenfalls im Vergleich zu 1970 liegt das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen um rund 6.500,-- S, das sind 120 %,höher.

Für das starke Ansteigen der Lohnsteuereinnahmen ist die gegebene Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen nach den Einkommensklassen verantwortlich, wobei sich der Sprung dicht besetzter Einkommensklassen in die nächste Progressionsstufe naturgemäß stärker auswirkt.

Zu 2):

Die Senkung der Progression würde für alle Arbeitnehmer (Pensionisten) Vorteile bringen, die bisher besteuerte Einkommen bezogen haben. Dieser Anteil kann ungefähr mit 2,3 Millionen Arbeitnehmer (Pensionisten) beziffert werden.

Rund 940.000 Arbeitnehmer (Pensionisten) würden aus einer Progressionssenkung keinen Vorteil ziehen.

./.

- 2 -

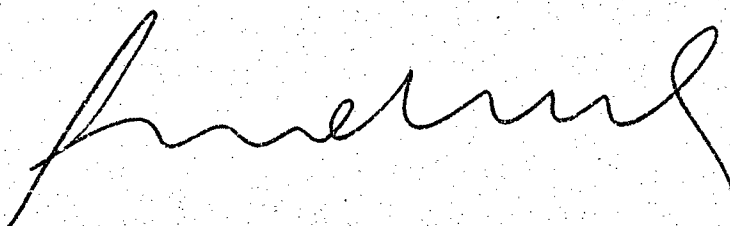
In der Bundesrepublik Deutschland verlief die Entwicklung hinsichtlich der Lohnsteuerbelastung ähnlich wie in Österreich. Sie lag

1972 bei 12,7 % (in Österreich bei 9,5 %),  
1973 bei 13,9 % (in Österreich bei 9,0 %),  
1974 bei 14,9 % (in Österreich bei 10,0 %),  
1975 bei 14,1 % (in Österreich bei 8,7 %),  
1976 bei 15,1 % (in Österreich bei 9,5 %) und  
1977 bei 15,9 % (in Österreich bei 11,0 %).

Bei den für Österreich angeführten Werten, die deutlich unter den deutschen Vergleichswerten liegen, wurde bei der Ermittlung der Steuerbelastung die Lohnsteuer nur auf die Lohn- und Gehaltssumme ohne Pensionsbezüge umgelegt, sodaß die tatsächliche Steuerbelastung in Österreich noch darunterliegt.

Zu 3):

Die Ergebnisse der Lohnsteuer- und Einkommensteuerstatistik zeigen deutliche Unterschiede in der Einkommenspyramide auf. Es ist daher ein Faktum, daß die Bezieher von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (Pensionisten) anteilmäßig in den oberen Einkommensstufen schwächer repräsentiert sind als die Bezieher selbständiger Einkünfte.

A large, stylized handwritten signature in black ink, likely belonging to a government official or member of parliament, positioned below the main text.